

Pressemitteilung #01-2026

Stuttgart, 05. Februar 2026



kunstschulen^{bw}

Landesverband der Kunstschulen
Baden-Württemberg e.V.

Vorstand
Thomas Becker, Christine Lutz,
Menja Stevenson

Geschäftsführerin
Sabine Brandes

Geschäftsstelle
Leuschnerstraße 50
70176 Stuttgart

Telefon 0711 4007043-1
Telefax 0711 4007043-9
brandes@jugendkunstschulen.de

1,2,3,4,5,6, sieben Wahlprüfsteine des Landesverbandes der Kunstschulen zur Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg und die Antworten der Parteien darauf.

Inzwischen sind alle Wahlprogramme der Parteien zur Landtagswahl am 08. März 2026 veröffentlicht. Darin werden auch die Positionen zu Kultur und Bildung umrissen. Der Landesverband der Kunstschulen BW hat die Parteien GRÜNE BW, CDU, SPD, FDP/DVP und Die Linke mit Wahlprüfsteinen zu ihren Positionen in Bezug auf die Kunstschularbeit befragt. Die Antworten liegen nun vor. Eine deutliche Mehrheit der Parteien unterstützt die Kernforderungen des Verbandes zur finanziellen Absicherung der kulturellen Jugendbildung.

In den verschiedenen Themenbereichen wurden konkrete Fragen formuliert, um zu erfahren, wie die Parteien in Baden-Württemberg die Entwicklung der Kunstschularbeit in Zukunft begleiten und unterstützen werden. Alle angefragten Parteien haben die Fragen beantwortet und damit ihre Positionen insbesondere für Kulturelle Bildung für die kommende Legislaturperiode formuliert.

Mitglied im **Vorstand Thomas Becker** (Leiter der Juks mit dekart in Reutlingen) ist erfreut, „dass es quer durch die angefragten Parteien einen breiten Konsens in Bezug auf die hohe Bedeutung von Kultureller Bildung gibt. Nun gilt es das auch in konkrete Maßnahmen zu überführen. Wir stehen mit guten Konzepten bereit – und werden beharrlich auf Einlösung des Versprochenen drängen.“

„Natürlich kann diese Positionierung nur ein Baustein für eine Wahlentscheidung sein“, stellt **Vorstandsmitglied Christine Lutz** (Leiterin der Kunstschule Unteres Remstal in Waiblingen) fest, „aber die wahlberechtigten Angehörigen unserer jährlich über 92.500 Teilnehmenden werden sich vielleicht auch daran orientieren.“

Für **Vorstandsmitglied Menja Stevenson** (Leiterin der Jugendkunstschule & Kreativwerkstatt Stuttgart) sind die Wahlprüfsteine eine gute Basis für den zukünftigen Austausch mit der Landespolitik: „Wir hoffen, dass unsere Anliegen bei den Parteien als Denkanstöße wahrgenommen werden, über die wir in der kommenden Legislaturperiode in einen konstruktiven Austausch eintreten möchten.“

Geschäftsführerin Sabine Brandes erläutert die Auswahl der Angefragten wie folgt: „Der Landesverband hat seine Forderungen gezielt an jene Parteien übermittelt, die sich uneingeschränkt zur pluralistischen Gesellschaft und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und laut der letzten Umfragen eine Chance haben, in den Landtag einzuziehen. Auf eine Anfrage an die AfD wurde also verzichtet, stehen doch die Kunstschulen als Orte der Kulturellen Bildung für Vielfalt, Inklusion und ein demokratisches Miteinander.“ Vorstand und Geschäftsführung sind sich einig, dass die programmatischen Positionen der AfD sowie deren kulturpolitisches Verständnis in Widerspruch zum Leitbild des Landesverbandes und zum gesellschaftlichen Auftrag seiner 47 Mitgliedseinrichtungen stehen.

In dieser Pressemitteilung sind die wichtigsten Positionen zusammengefasst. Die Analyse der Antworten von CDU, GRÜNE, SPD, FDP und Die Linke zeigt ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Wertschätzung der Kunstschularbeit und deren Bedeutung für kulturelle Bildung, soziale Teilhabe und Demokratieförderung. Die Unterschiede liegen v. a. im Bereich der Konkretheit bei Finanzierungszusagen.

Unsere 7 Wahlprüfsteine sowie die detaillierten Ausführungen der Parteien finden sich auf unserer Homepage unter: <https://www.jugendkunstschulen.de/service/pressemitteilungen>

1. Fortentwicklung der Kunstschullandschaft

Eine zentrale Forderung des Landesverbandes ist die Erhöhung der Landesförderung von derzeit 12,5 % auf 15 % der pädagogischen Personalausgaben. Die CDU erklärt diese Erhöhung „im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten“ zum Ziel und befürwortet – wie auch die GRÜNEN, die FDP und Die Linke – die gesetzliche Verankerung des Fördersatzes im Jugendbildungsgesetz (JBiG). Die Linke stimmt einer Erhöhung ohne Vorbehalt zu. Die Grünen sagen die 15 % „perspektivisch“ zu. SPD und FDP zeigen sich offen für eine Prüfung, machen konkrete Zusagen jedoch von der künftigen Haushaltslage abhängig. Die Förderung von Kunstschulinitiativen wird „geprüft“ (CDU, FDP), „unterstützt“ (GRÜNE, Die Linke) bzw. als „ein mögliches Element“ (SPD) gesehen, um Angebote der kulturellen Bildung in die Fläche zu tragen.

2. Projektförderungen

Auch wenn kulturelle Bildung parteiübergreifend als Querschnittsaufgabe gesehen wird, gehen die Meinungen zur Projektförderung auseinander. Während die CDU auf Vernetzung setzt und die Ressortfrage erst nach der Wahl klären will, forcieren die GRÜNEN das ‚Zentrum für Kulturelle Teilhabe‘ als zentrale Instanz. Das ZfKT soll „verstärkt genutzt werden, um ... flächendeckende Projektförderung zu ermöglichen.“ Dazu soll „eine ressortübergreifende Unterstützung“ sichergestellt werden. Die SPD fordert eine „ressortübergreifende Überprüfung“, und die FDP schlägt nach dem Vorbild des Sports einen ‚Landeskulturplan‘ vor, ohne jedoch das Ressortprinzip infrage zu stellen. Die Linke hingegen lehnt die reine Projektlogik ab und fordert stattdessen bürokratiearme, dauerhafte Strukturen.

3. Bildungspartnerschaften

Die Rolle der Kunstschulen im Ganzttag wird von allen Parteien als essenziell bewertet. Während die SPD zukünftig einen „20-Millionen-Euro-Fonds“ für Schulbudgets plant und die FDP „eigenverantwortliche Budgets für jede Schule“ fordert, setzen GRÜNE und Die Linke auf eine strukturelle Integration in den Ganztagsausbau. Die CDU sieht Kunstschulen als „unverzichtbare Partner“ und will die Kooperationen zwischen Schulen/Kitas und Kunstschulen weiterhin verlässlich fördern sowie „in Abhängigkeit der haushalterischen Gesamtsituation eine Aufstockung der Kooperationsmittel“ umsetzen.

4. Fachkräftekrise in den Künsten

Zur Bewältigung der Fachkräftekrise setzen die Parteien auf verlässlichere Finanzierungen auch im außerschulischen Kulturbereich. Talentförderung, Mentoring und Vorbereitung auf künstlerische Laufbahnen werden als Maßnahmen von allen erkannt. Die Linke fordert branchenspezifische Honoraruntergrenzen. Die SPD möchte faire Honorare zur Förderbedingung machen. Die Einführung eines „Mentorenprogramms Kunst“ findet bei GRÜNEN und Linken volle Unterstützung, während CDU, SPD und FDP hier noch Prüfungsbedarf anmelden, zugleich aber die Bedeutung der Talentförderung auch im Bereich der Bildenden Kunst anerkennen und die Notwendigkeit zusätzlicher Förderung sehen.

5. Erwachsenenangebote

Die Parteien unterstützen weitgehend lebenslanges Lernen (auch an Kunstschulen), sehen jedoch in Zeiten knapper Haushalte die Verantwortung eher bei den Trägern. Die Linke fordert explizit den Ausbau von Programmen für Seniorinnen und Senioren sowie eine steuerfreie Weiterbildungslandschaft. Die SPD betont die Unterstützung aller Weiterbildungsträger, fokussiert aber insbesondere bei der Finanzierung auf Kinder. Die GRÜNEN unterstützen „generationsübergreifende Angebote, weil sie u. a. „den sozialen Zusammenhalt stärken“, und fordern eine finanzielle Absicherung des Landes. FDP und CDU begrüßen diese Angebote, sehen finanzielle Fördermöglichkeiten aber eher „ausnahmsweise“ (CDU).

6. Entwicklung der Verbandsarbeit

Einigkeit ist beim Thema Bürokratieabbau und der Stärkung der Verbandsstrukturen festzustellen. Die CDU begrüßt die positive Entwicklung der Kunstschulen ausdrücklich und ist offen für eine maßvolle Aufstockung der Mittel für die Geschäftsstelle und ihre Fortbildungen für Leitungen und Dozierende. Damit liegt sie auf einer Linie mit den Forderungen der anderen Parteien. Die FDP sieht die Forderung als „sachlich gut begründet“ und will „wohlwollend prüfen“. GRÜNE und Die Linke unterstützen „die verlässliche ... Finanzierung der Geschäftsstelle“ sowie „die Einrichtung einer Bildungsreferent*innen-Stelle“ (GRÜNE) um die inhaltliche Entwicklungsarbeit zu sichern. Die SPD will einer solchen Aufstockung eine Evaluierung vorausschicken.

7. Qualifizierung und Fortbildung

Die Parteien befürworten eine Stärkung der Fortbildung, wählen jedoch unterschiedliche Finanzierungswege. Während die GRÜNEN eine „auskömmliche und langfristige“ Finanzierung sowie digitale Werkstätten fordern, setzt die CDU auf eine „maßvolle Aufstockung“ und Kooperationen mit anderen Fortbildungsträgern. Auch die SPD möchte die bisherigen Landesmittel erhöhen. Die FDP schlägt hierfür flexible Gutscheinelösungen vor. Die Linke geht am weitesten und fordert einen unternehmensfinanzierten Weiterbildungsfonds sowie eine Strukturreform, die Solo-Selbstständigen den Zugang zu Qualifizierungen finanziell überhaupt erst ermöglicht.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein breiter politischer Konsens über die Relevanz der Kunstschulen besteht, die Debatte in der nächsten Legislaturperiode jedoch vor allem um die tatsächliche Haushaltspriorisierung, die Umsetzungsmöglichkeiten zusätzlicher Förderbedarfe und die Entbürokratisierung der Förderwege geführt werden dürfte.

Weitere Informationen: Landesverband der Kunstschulen Baden-Württemberg,

www.jugendkunstschulen.de, brandes@jugendkunstschulen.de,

0711- 400 70 43 1 oder 0177-545 55 68

Die Kunstschulen in Baden-Württemberg

Aktuell sind 47 Jugendkunstschulen Mitglied im Landesverband der Kunstschulen Baden-Württemberg. In ihren Häusern, die ganz unterschiedliche Trägermodelle haben (u.a. kommunal, Verein, Stiftung oder unter dem Dach von Volkshochschulen oder Musikschulen), leisten sie – an mehr als 100 Standorten im Land – wichtige Grundlagenarbeit für die ästhetische Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und fördern besondere Begabungen. Darüber hinaus sind Kunstschulen für allgemeinbildende Schulen aller Schularten ein wichtiger Bildungspartner. Kinder und Jugendliche erhalten professionelle, künstlerische Arbeitsmöglichkeiten und eine öffentliche Plattform für die Darbietung ihrer Arbeitsergebnisse u.a. in Kunstausstellungen, in Theater-, Musiktheater, Musical- und Tanzinszenierungen. Auf der Basis eines prozessorientierten Arbeitskonzeptes, bei dem selbst erlebte und eigenständige Erfahrungen im Mittelpunkt stehen, nahmen im Jahr 2025 über 92.500 junge Menschen künstlerisch-kulturelle Angebote der Jugendkunstschulen wahr.

Weitere Informationen: www.jugendkunstschulen.de